

Berlin, 27. März 2020

Herausgeber:

Bundesverband Großhandel,
Außenhandel, Dienstleistungen e.V.

Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

Telefon 030 590099-570
Telefax 030 590099-519

www.bga.de info@bga.de

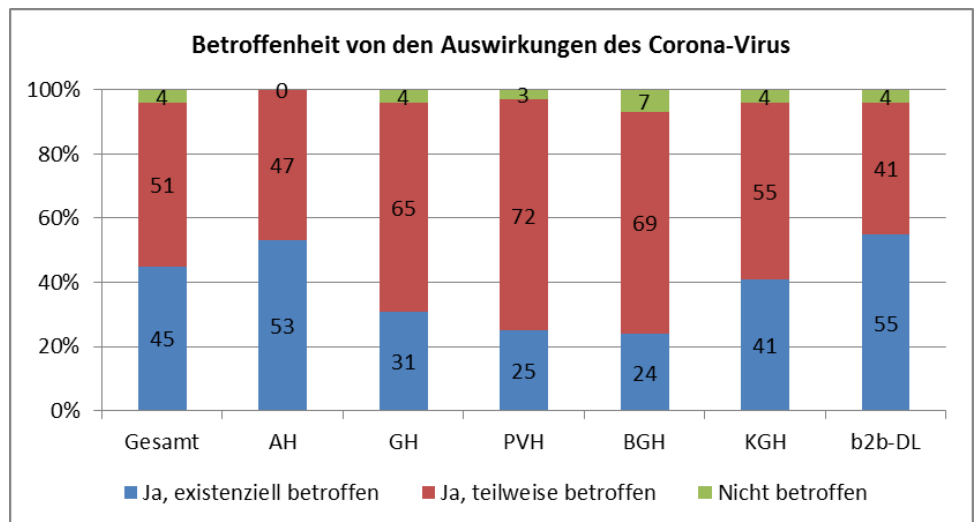
Autoren:

Dipl.-Volkswirt Michael Alber
Geschäftsführer
Volkswirtschaft und Finanzen
michael.alber@bga.de

Großhandel - Außenhandel – Dienstleistungen Massive Auswirkungen der Corona-Krise auf die Unternehmerschaft in ihrer ganzen Breite

Der Corona-Virus hat weitreichende Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben und auch gravierende Folgen für die Unternehmen in Deutschland. Die Bundesregierung hat entschlossen auf die Herausforderungen an die Wahrung der Gesundheit und die Sicherung des Gesundheitswesens reagiert. Zugleich hat sie umfassende wirtschaftliche Entscheidungen getroffen. Die wirtschaftlichen Aktivitäten sind in weiten Teilen zum Erliegen gekommen, Lieferketten für die Versorgung von Unternehmen und Bürgern sind beeinträchtigt. Viele Unternehmen kommen dadurch in erhebliche existenzielle Bedrängnis. Der BGA hat diese Herausforderung zum Anlass genommen, die Unternehmen Mitte März um eine Einschätzung der aktuellen Entwicklung und der Auswirkungen auf ihr Unternehmen gebeten.

Die Umfrage hat bei Unternehmen des Groß- und Außenhandels und bei den b2b-Dienstleistern gleichermaßen große Resonanz gefunden. Über 670 Unternehmen aus allen Zweigen, Rechtsformen und Unternehmensgrößen haben teilgenommen. Die Auswirkungen des Corona-Virus und die notwendigen, staatlichen Maßnahmen treffen die Unternehmen massiv. 96 Prozent der befragten Groß- und Außenhändler und der b2b-Dienstleister geben an, existenziell (45 Prozent) oder zumindest teilweise (51 Prozent) betroffen zu sein. Damit droht, die Drehscheibe von Versorgung und Logistik bei einer sich fortsetzenden Entwicklung zum Erliegen zu kommen.



(Quelle: BGA-Umfrage vom 20. bis 25. März 2020)

Erhebliche Einbrüche auf der Kundenseite

Die Unternehmen des Groß- und Außenhandels sowie der b2b-Dienstleister müssen deutliche Einbrüche bei den Umsätzen verkraften. Vier von fünf Unternehmern verzeichnen ausbleibende neue Aufträge (79 Prozent) und mehr als jeder zweite beklagt eine Stornierung bereits in Auftrag gegebener Orders (58 Prozent). Fast jeder dritte Unternehmer sieht sich mit der Forderung nach Verlängerung der Zahlungsziele konfrontiert. Jedes achte Unternehmen muss zudem auf die Kundenforderung nach Preisnachlässen reagieren. Momentan sieht dagegen nur jedes achte Unternehmen noch keine Auswirkungen.

Ausgeprägt sind die Beurteilungen bei den b2b-Dienstleistern. 84 Prozent verzeichnen ausbleibende Aufträge und 73 Prozent Auftragsstornierungen. Im

Großhandel – - Dienstleistungen

Auswirkungen der Corona-Krise auf die Unternehmerschaft in ihrer ganzen Breite



Konsumgütergroßhandel sind es 76 Prozent, die ausbleibende Aufträge verzeichnen, und 56 Prozent beklagen die Stornierung bestehender Aufträge. Geringfügig entspannter ist die Lage im Produktionsverbindungshandel. 70 Prozent verzeichnen ein Ausbleiben neuer Aufträge und 36 Prozent die Stornierung von Aufträgen. Hierfür könnte ursächlich sein, dass sich der Produktionsverbindungshandel durch die deutliche Abkühlung im Automobilsektor und im Maschinen und Anlagenbau bereits in einer Anpassungsphase befindet. Im baunahen Großhandel verzeichnen 69 Prozent der Unternehmer ausbleibende Umsätze und 29 Prozent Auftragsstornierungen. Bei den Zahlungszielen fordern bei den b2b-Dienstleistern 22 Prozent der Kunden Verlängerungen, während es in den Großhandelszweigen zwischen 31 Prozent bei den baunahen Großhändlern und 42 Prozent bei den Konsumgütergroßhändlern sind.

Lieferketten und Versorgung vor Herausforderungen gestellt

Die Folgen bahnen sich ihren Weg durch die Lieferkette. Auf der Versorgungsseite der Groß- und Außenhändler ist die Situation noch nicht so gravierend beeinträchtigt, verzeichnet aber auch deutliche Auswirkungen und gibt insoweit Anlass zu Besorgnis. Während insgesamt 25 Prozent angeben, dass die Versorgung noch gesichert ist, weil die Unternehmen ihre Beschaffungsstrukturen und -wege angepasst haben, geben 21 Prozent an, dass ihre Versorgung noch eine gewisse Zeit gesichert sei, aber davon auszugehen ist, dass dies nicht aufrecht erhalten werden kann. Und 46 Prozent der Unternehmen beklagen, dass ihre Versorgung bereits beeinträchtigt ist und schwieriger wird. Bei sieben Prozent ist sie bereits nicht mehr gesichert.

In den einzelnen Bereichen ist ein differenziertes Bild festzustellen. Während bei den b2b-Dienstleistern 33 Prozent ihre Versorgung noch gesichert sehen, weil Beschaffungsstrukturen und -wege angepasst wurden, sind es im Großhandel nur zwischen 10 Prozent im baunahen Großhandel und 20 bzw. 21 Prozent im Konsumgütergroßhandel bzw. Produktionsverbindungshandel. Dagegen sehen 9 Prozent der b2b-Dienstleister die Versorgung bereits jetzt nicht mehr gesichert, während dies im Großhandel zwischen 2 Prozent bei den Produktionsverbindungsgroßhändlern und 4 Prozent im baunahen Großhandel sind.

Dass die Versorgung bereits teilweise beeinträchtigt ist und noch schwieriger wird, sehen 38 Prozent der b2b-Dienstleister, während es im Produktionsverbindungshandel und im Konsumgütergroßhandel 56 Prozent und im baunahen Großhandel 44 Prozent sind. Die Versorgung noch gesichert, aber nicht mehr aufrecht zu erhalten, sehen rund 20 Prozent der Unternehmen jeweils im Produktionsverbindungshandel, im Konsumgütergroßhandel und bei den b2b-Dienstleistern. Im baunahen Großhandel gibt es hier bereits deutlichere Bewegungen. Für 42 Prozent der Befragten ist die Versorgung noch gesichert, wird sich so aber nicht aufrechterhalten lassen. Insgesamt zeichnet sich eine schwieriger werdende Versorgungslage im Groß- und Außenhandel sowie bei den b2b-Dienstleistern ab.

Unternehmer schalten auf Vorsorge und Unternehmenssicherung

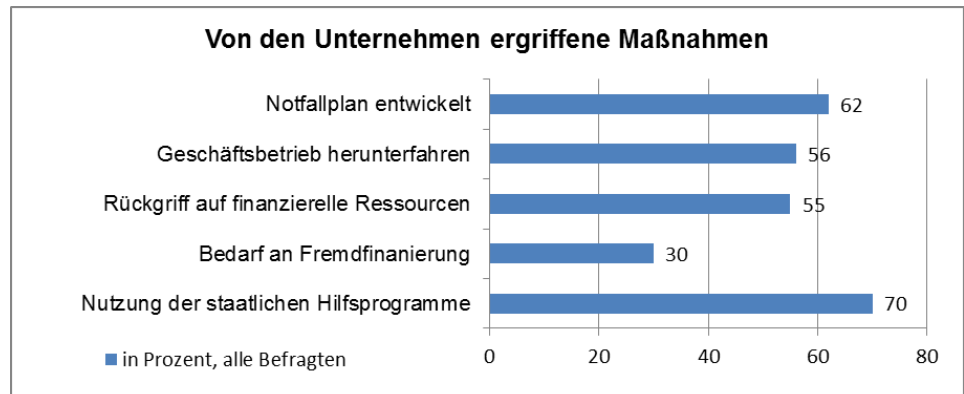
Die Unternehmen reagieren auf die Folgen des Corona-Virus und beschlossenen staatlichen Maßnahmen mit Vorsorgemaßnahmen, sind aber auf staatliche Flankierung angewiesen, um sicher zu stellen, dass es nach der Krise weiter gehen kann. Sechs von zehn Unternehmern haben einen Notfallplan erstellt, um den Geschäftsbetrieb aufrechtzuerhalten. Im Produktionsverbindungshandel haben bereits acht von zehn Unternehmern Notfallpläne entwickelt. Im Großhandel mit Bauprodukten sind es zwei von drei Unternehmen. Bei den Großhändlern mit Konsumgütern, aber auch bei den b2b-Dienstleistern sind es dagegen nur knapp drei von fünf Unternehmen.

Die Entscheidung, den Geschäftsbetrieb herunterzufahren, haben 56 Prozent aller befragten Unternehmen getroffen, dabei sind es bei den b2b-

Großhandel – - Dienstleistungen

Auswirkungen der Corona-Krise auf die Unternehmerschaft in ihrer ganzen Breite

Dienstleister bereits 61 Prozent. Im Großhandel liegt der Konsumgütergroßhandel mit 58 Prozent knapp auf, im baunahen Großhandel sind es 51 Prozent. Im Produktionsverbundhandel haben sich bislang 42 Prozent dazu entschlossen.



(Quelle: BGA-Umfrage vom 20. bis 25. März 2020)

Viele Unternehmen beabsichtigen dabei staatliche Maßnahmen wie Kurzarbeit, Stundung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen in Anspruch zu nehmen. Insgesamt sind es sieben von zehn Unternehmen. Besonders im b2b-Sektor wollen die Unternehmen hierauf zurückgreifen (77 Prozent). Für 68 Prozent der baunahen Großhändler ist dies ebenfalls eine wichtige flankierende Maßnahme. Im Produktionsverbundhandel und im Konsumgütergroßhandel beabsichtigen bislang 59 bzw. 58 Prozent diese Maßnahmen in Anspruch zu nehmen.

Die Unternehmen greifen in der aktuellen Krise zunächst auf ihre finanziellen Ressourcen zurück. Dies gilt übergreifend für mehr als jedes zweite Unternehmen, wobei die Innenfinanzierung sich in den Zweigen des Groß- und Außenhandels sowie den b2b-Dienstleistern dahingehend unterscheidet, dass dies bei zwei von drei Dienstleistern und zwei von fünf Unternehmen im Produktionsverbundhandel der Fall ist. Konsumgütergroßhandel und baunaher Großhandel liegen im Mittelfeld. Externe Finanzierungen – also Kredite, Bürgschaften, Finanzierungshilfen – benötigen bislang 30 Prozent der Unternehmen. Besonders sind die b2b-Dienstleister betroffen. Dort sind es 37 Prozent. Bei den Konsumgütergroßhändlern sind es 29 Prozent der Befragten. Im Produktionsverbundhandel und im baunahen Großhandel sind es dagegen 18 bzw. 13 Prozent.

Diese Situation ist Spiegelbild, dass die Unternehmen in den vergangenen Jahren ihre Hausaufgaben in der Unternehmensfinanzierung gemacht haben und damit für schwierige Zeiten Vorsorge geleistet haben. Allerdings zeigt die Umfrage auch, dass die Reserven angesichts der Heftigkeit der Auswirkungen überwiegend nicht ausreichen, um die Krise ohne staatliche Sicherungsmaßnahmen durchstehen zu können.

Bundesregierung handelt angemessen und verantwortungsbewusst, ...

Die Unternehmen sind mit den Maßnahmen der Bundesregierung mehrheitlich zufrieden. 57 Prozent der Unternehmen finden, dass die Bundesregierung und die staatlichen Stellen angemessen und verantwortungsbewusst handeln. Ein zu übereiltes Handeln sehen nur 4 Prozent der Unternehmer. Dagegen sind 39 Prozent der Auffassung, dass die Bundesregierung und die staatlichen Stellen zu zögerlich handeln. Dementsprechend erwarten die Unternehmen im Groß- und Außenhandel sowie der b2b-Dienstleister weitere konsequente Maßnahmen zur Sicherung von Beschäftigung, Logistik und Finanzierung in den Unternehmen.

Großhandel – - Dienstleistungen

Auswirkungen der Corona-Krise auf die Unternehmerschaft in ihrer ganzen Breite



... Unternehmen erwarten aber weitere flankierende Schritte

Um die steigende Nachfrage nach Rohstoffen, Maschinen und vielen weiteren Gütern, vor allem langlebigen Konsumgütern, wie auch nach Ge- und Verbrauchsgütern, im Zuge der wachsenden Wirtschaft zu bedienen, haben die Unternehmen in den vergangenen Jahren eine hohe Beschäftigung für ihre Geschäftstätigkeit aufgebaut. Zugleich haben die Unternehmen in eine vielfältige Logistik- und Transportinfrastruktur investiert. Dieser Wachstumsprozess wurde vielfach aus den Umsätzen, aber auch über Banken und alternative Finanzierungen finanziert. Der BGA hat die Unternehmen im Groß- und Außenhandel und die B2b-Dienstleister daher auch danach befragt, welchen Schwierigkeiten sich die Unternehmen in der aktuellen Krise gegenübersehen, um die Geschäftstätigkeit kurz-, aber auch langfristig aufrecht erhalten zu können.

➤ **Sicherung von Flexibilität in der Beschäftigung**

In Deutschland gehen über 45 Millionen Menschen einer Erwerbstätigkeit nach. Die Sicherung einer hohen Beschäftigung in der Krise und in der Folgezeit muss daher hohes politisches Gewicht beigemessen werden. So plädieren über alle Bereiche hinweg die Unternehmen mit 41 Prozent dafür, dass die Kosten für den Ausfall von Beschäftigten auf Grund staatlicher Vorgaben wie der Schließung von Kindergärten, Schulen u. ä. vom Staat übernommen werden sollten. Ebenfalls prioritär mit 38 Prozent wird angesehen, dass die Bewilligung von Kurzarbeitergeld der Sozialbeiträge zu lange dauert und bürokratisch ist, wobei dies in den personalintensiven Zweigen – b2b-Dienstleistungen und Konsumgütergroßhandel – mit rund 40 Prozent besonderes Gewicht hat. Dass der Arbeitgeber die Möglichkeit haben muss, den Abbau von Überstunden von seinem Arbeitnehmer verlangen zu können, unterstützen 34 Prozent der Unternehmen. Dies wird im Produktionsverbindungshandel und im baunahen Großhandel im Vergleich mit den anderen Bereichen mit über 40 Prozent deutlich stärker gewichtet. Dass die Hürden für die Stundung von Sozialversicherungsbeiträgen für die Unternehmen zu hoch sind, beklagen 22 Prozent. Bei den b2b-Dienstleistern wird dies mit 28 Prozent am stärksten moniert.

➤ **Sicherung von Transport und Logistik**

Eine funktions- und leistungsfähige Logistik ist für die verlässliche und schnelle Versorgung von Bürgern und Unternehmen mit den benötigten Gütern zentral. Schwierigkeiten können zu erheblichen Auswirkungen auf die Lieferkette führen und damit die Versorgung gefährden. Dies ist insbesondere in systemrelevanten Sektoren wie Lebensmittel- und Getränkewirtschaft, Gesundheits-, Energie-, Wasser- und Abfallwirtschaft sensibel.

49 Prozent aller Unternehmen befürchten daher, dass eine Schließung ihres Betriebes die Versorgung ihrer Kunden gefährden würde. Im Großhandel ist diese Sorge besonders ausgeprägt, darunter insbesondere im Produktionsverbindungshandel mit 81 Prozent und im baunahen Großhandel mit 78 Prozent. Dabei belasten Grenzschießungen und -kontrollen die Logistik der Unternehmen. Zwar sind es durchschnittlich nur 38 Prozent der befragten Unternehmen, im Großhandel sind jedoch die Sorgen hierüber besonders stark. 60 Prozent der Produktionsverbindungshändler, 53 Prozent der baunahen Großhändler und 49 Prozent der Konsumgütergroßhändler sehen dies mit Sorge.

Für fast 30 Prozent könnte sich das Fehlen von Kraftfahrern bzw. Lagerkräften durch Quarantäne-Maßnahmen nachteilig auf die Logistikkette des Unternehmens auswirken. Im Produktionsverbindungshandel und im baunahen Großhandel befürchten dies zwei von fünf Unternehmern. Dass staatliche Maßnahmen wie geschlossene Kindergärten, Schulen u. ä den Einsatz von Mitarbeitern in der Logistik gefährden, fürchtet eines von vier Unternehmen,

Großhandel – - Dienstleistungen

Auswirkungen der Corona-Krise auf die Unternehmerschaft in ihrer ganzen Breite



wobei dies im Produktionsverbundhandel und im baunahen Großhandel mehr als jedes dritte Unternehmen sind.

➤ **Sicherung von Unternehmensfinanzierung und Liquidität**

Die Sicherung der Unternehmensfinanzierung hat für die Unternehmen im Groß- und Außenhandel und die b2b-Dienstleister große Bedeutung. Der Groß- und Außenhandel ist über Konditionsvereinbarungen wie Zahlungsziele ein Finanzier seiner Kunden. Nach Berechnungen der Bundesbank weisen die Unternehmen im Großhandel Forderungen in Höhe von über 270 Milliarden Euro aus. Ausbleibende Umsätze bei weitgehend fortbestehenden Ausgabenverpflichtungen können daher die Finanzierung gefährden und Unternehmen existenziell beeinträchtigen.

Der BGA begrüßt daher ein rasches Handeln zur Sicherung der Unternehmensfinanzierung und hat bereits von der Bundesregierung weitere, ergänzende Schritte gefordert. Er sieht sich darin unterstützt, dass 45 Prozent der Unternehmen über alle Bereiche gleichermaßen monieren, die umgesetzten Maßnahmen seien weitgehend zu bürokratisch und zu langsam. Für 34 Prozent reichen die beschlossenen Finanzierungshilfen wie Steuerstundung und -herabsetzung sowie Liquiditätshilfen für die Unternehmen nicht aus. Am häufigsten wird dies von b2b-Dienstleistern und Konsumgütergroßhändlern moniert (43 bzw. 32 Prozent).

Bemängelt wird von 23 Prozent, dass andere Finanzierungshilfen kurzfristig nicht zur Verfügung stehen. Das Fehlen von durch die Hausbank geforderten Sicherheiten sieht immerhin noch jedes achte Unternehmen kritisch. Dagegen sehen sich nur 5 Prozent der Unternehmen mit einer Kürzung von Kreditlinien bzw. der Warenkreditversicherungen konfrontiert, im Außenhandel sind es allerdings doppelt so viele Unternehmen.

Was erwarten die Unternehmen nun von der Politik?

Schnelles und unbürokratisches Handeln ist die drängendste Aufgabe aus Sicht der Unternehmen. Gesundheitspolitisch wird vielfach vorgebracht, dass die Politik weitergehender Handeln sollte. Viele Unternehmen erwarten dabei ein bundesweit einheitliches Handeln. Die Corona-Krise muss schnell und sicher für alle Beteiligten eingedämmt werden. Mit einem längeren Andauern der Krise besteht die Gefahr, dass die Verlagerung von der Endstufe hin zu den wirtschaftlichen Vorstufen weiter massiv voranschreitet.

Dem muss durch effektive und passgenaue Maßnahmen gegengesteuert werden. Am besten kann dies durch ein Maßnahmenbündel erreicht werden, das zum einen aus einem leichteren Zugang zu Finanzierungen durch staatliche Hilfen und Absicherung mit Blick auf Kreditfinanzierungen, Bürgschaften und Factoring besteht und zum anderen – dies fordern vor allem Kleinst- und Kleinunternehmer – aus Soforthilfemaßnahmen u. a. in Form von Zuschüssen, die schnell und unbürokratisch Liquidität verschaffen.

Wichtig ist auch, Regelungen zu entschärfen, die die Versorgung in der aktuellen Situation erschweren, und in Beschäftigungsfragen Erleichterungen und Vereinfachungen bei den Beiträgen und dem rechtlichen Rahmen umzusetzen und zugleich den Arbeitnehmern möglichst materielle und berufliche Sicherheit zu geben.